



Vor der Ausweisung neuer Baugebiete gilt es eine Fülle an Fragen, etwa zum Klimaschutz, zu klären. Darauf wiesen jetzt GLH und SPD im Gespräch hin und lehnen das „Auf-die-Tube-Drücken“ der CDU ab.

BILD: THOMAS RITTELMANN

**GLH/SPD:** Fraktionssprecherin Monika Maul-Vogt und Fraktionssprecher Dr. Thomas Scholz warnen vor voreiligen Entscheidungen

# Bei den Neubaugebieten künftig mehr Grips anstrengen

**Hirschberg.** Die Zeiten, ein Neubaugebiet auszuweisen, Häuser zu errichten und danach auf die Einkommenssteuer zu warten, sind vorbei. Für Grüne Liste Hirschberg (GLH) und SPD ist dies „Siedlungspolitik von gestern“. „Wir müssen anders vorgehen, indem wir sagen, wie wir das Neubaugebiet entwickeln wollen. Wir brauchen ein Quartierskonzept. Klimaneutral, flächensparend und den demografischen Wandel berücksichtigend soll es sein“, fordern GLH-Fraktionssprecherin Monika Maul-Vogt und SPD-Fraktionssprecher Dr. Thomas Scholz im Gespräch mit den WN: „Möglichst viel und möglichst groß klappt nicht. Und es dann mit dem Feigenblatt des bezahlbaren Wohnraums zu versehen, schon gar nicht“, meint Maul-Vogt, die der Ausweisung von Neubaugebieten wie etwa im Bereich Ladenburger Straße/Mannheimer Straße oder Weinheimer Straße/Görlitzer Straße skeptisch gegenübersteht. Sie setzt auf Innenverdichtung und hofft über den Weg des Leerstandskatasters an die betreffenden Informationen heranzukommen. Wie der Bauamtsleiter Rolf Pflästerer im Gemeinderat mitteilte, werden jetzt die Eigentümer angeschrieben.

Maul-Vogt und Scholz wollen bei Neubaugebieten folglich nicht so wie das bürgerliche Lager vorgehen. Im Vorfeld müssten für sie zentrale Fragen geklärt werden. Laut dem Sozialbericht gibt es in Hirschberg

überproportional viele Einfamilienhäuser und große Wohnungen. Bei bezahlbarem Wohnraum gebe es hingegen großen Bedarf. Neubaugebiete mit höheren Einkommenssteuereinnahmen zu begründen, ist für Maul-Vogt getreu der Bauleitplanung kein Planungsziel: „Wir brauchen eine aktive Bodenpolitik.“

Scholz warnt ebenso vor der einfachen Gleichung: „Mehr Einwohner und mehr Gewerbe heißen mehr Einkommenssteuer und mehr Gewerbesteuer. Ein Neubaugebiet bedeutet auch, dass wir Kindergärten- und Schulplätze benötigen. Das müssen wir berücksichtigen“, betont Scholz und fordert zudem dazu auf, sich im Vorfeld Gedanken über die Einbeziehung der Bevölkerung zu machen. Er will zudem auf die Grundstückseigentümer zugehen und mit ihnen darüber sprechen, was sich die Gemeinde dort vorstellt. Dies alles müsste dann in einem städtebaulichen Vertrag festgezurr werden, meint Maul-Vogt. Gemeinderat, Verwaltung, Eigentümer, zukünftige Nutzer – alle sitzen somit in einem Boot. Maul-Vogt wiederholt nochmals ihre grundsätzliche Skepsis: „Brauchen wir Neubaugebiete, um unsere alten maroden Kanäle zu sanieren? Das kann doch nicht das Argument sein“, ergänzt sie und wirbt zudem für einen 35-prozentigen Anteil an sozialem Wohnraum.

Auch bei der Erweiterungsfläche des Gewerbegebiets geht es für die

zwei darum, kein „08/15-Gebiet“ auszuweisen. Immerhin opere man kostbare Fläche und Biotop, so Scholz. Außerdem stehe man in der Verantwortung, dort ein Vorzeigeprojekt umzusetzen. Immerhin habe sich im Bürgerentscheid knapp die Hälfte gegen eine Erweiterung ausgesprochen. Im Gewerbegebiet gilt wie im Neubaugebiet, den Klimaschutz zu berücksichtigen, auch bei den Baustoffen. Ein Nachdenken über gemeinsame Einrichtungen fordert Scholz zudem: „Nicht jedes Unternehmen braucht eine eigene Kantine.“ Nicht zuletzt müsse man über den Ausgleich reden, fordert Maul-Vogt. Der SPD-Fraktionssprecher denkt bei der Erweiterung schon an das Morgen: „In Zukunft wird es sein, dass die Firmen für ihre Produkte nachweisen müssen, dass sie nachhaltig sind. Wir werden so unseren Unternehmen einen Standortvorteil verschaffen.“

## Das Schicksal der Alten Villa

Auch der viel diskutierte Sanierungsstau bei der Infrastruktur ist ein Thema. „Ja, wir haben einen riesigen Stau. Aber ich kann nicht immer wie beim Mühlgraben 1 verfahren. Ich nenne mal ein anderes Beispiel. Die Alte Villa muss seit Jahren saniert werden. Aber nichts geschieht. Möglicherweise droht ihr ein ähnliches Schicksal wie dem Gebäude Am Mühlgraben 1, welches wir jetzt verkaufen.“

GLH und SPD vermissen die vorausschauende Planung: „Wir müssen uns vielmehr fragen, was es kostet und was wir uns leisten können. Eine Schuldenobergrenze ist auch wichtig.“ Angesichts ansteigender Schulden sollte man sich laut Scholz Gedanken darüber machen, Projekte zu schieben oder wenn nötig ganz darauf zu verzichten. Als mögliches Schiebeprojekt nennt er das Bürgerhaus. Bei allen Projekten fordern GLH und SPD prinzipiell eine „effiziente Kostenkontrolle“ und das Berücksichtigen des Klimaschutzes.

Und natürlich den Kostendeckel, wie GLH-Sprecherin Maul-Vogt betont. Denn gespart werde am Anfang, etwa bei der Ausschreibung. „An diesen Kostendeckel müssen wir uns dann aber auch halten“, ergänzt Maul-Vogt. So etwas wie beim Parkplatz am evangelischen Gemeindehaus in Leutershausen dürfe sich nicht mehr wiederholen. Dort verdreifachten sich die Kosten auf nunmehr 280 000 Euro.

Sehr bedauerlich finden es GLH und SPD, dass selbst kleine Verbesserungen für sozial Schwache in Hirschberg nicht durchsetzbar seien. Maul-Vogt nennt etwa das Paket „Kulturparkett-Ticket“ Rhein-Neckar, an dem man sich für wenige Tausend Euro hätte beteiligen können. Sozial Schwache bekämen so Tickets für Kultur- oder Sportveranstaltungen im Kreis. „Wir hätten so etwas auch am Ort organisieren können“, sagt Maul-Vogt. **hr**